

SCHULSANIERUNG

Modell mit Risiken und Nebenwirkungen

Nachdem viele Jahre lang die Gebäude zahlreicher Kasseler Schulen vor sich hin rotteten, verkündete OB Geselle beim Neujahrsempfang der Stadt im Januar plötzlich, alle betroffenen Schulen würden in absehbarer Zeit durch die im letzten Jahr gegründete Projektgesellschaft GWGpro saniert.

Hierzu soll eine privatrechtlich als GmbH organisierte Immobiliengesellschaft gegründet werden, auf die die Gebäude der fünf marodesten Schulen übertragen werden sollen, wobei das „dingliche Eigentum“ bei der Stadt verbleibt. Diese Gesellschaft soll dann die GWGpro mit

den anstehenden Sanierungen beauftragen, die dann mit Krediten eines Bankenkonsortiums in Höhe von geschätzten 200 Millionen Euro durchgeführt wird. Dafür wird dann die Stadt 30 Jahre lang eine die kostendeckende Miete an die Immobiliengesellschaft zahlen.

Fragen bleiben offen

Zwar betont der Oberbürgermeister bei jeder Gelegenheit seine Ablehnung von PPP-Projekten mit privaten Investoren und in der Tat sind alle Beteiligten mit Ausnahme der kreditgebenden Banken zu hundert Prozent im Eigentum der Stadt. Aber es bleiben einige kritische Fragen offen. Die Rechtsformprivatisie-

rung der betreffenden Schulgebäude der Knipping-Schule, der Schule Hegelsberg, der Offenen Schule Waldau, der Comenius-Schule und der Georg-August-Zinn-Schule, die es ermöglichen soll, Steuern zu sparen, europaweite Ausschreibungen zu vermeiden und den Haushalt der Stadt zu schonen, könnte langfristig negative Folgen haben. Denn abgesehen davon, dass die notwendigen Kredite in jedem Fall der Stadt zu Buche schlagen werden, nur eben in diesem Modell dann den privatrechtlich organisierten Tochtergesellschaften, könnte die privatrechtliche Form, bei veränderten Mehrheiten im Stadtparlament, als erster Schritt in eine reale Privatisierung der Gebäude genutzt werden. Der Teufel liegt im Detail, nämlich bei den abzuschließenden Verträgen. Und bisher sind weder Details des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der GWGpro und der geplanten Stadt Kassel Immobilien GmbH und Co. KG bekannt, noch liegt das Vertragswerk der zu gründenden Vermögensgesellschaft vor.

Fehlende Kontrolle

Hinzu kommt, dass die wirtschaftliche Übertragung der Schulgebäude mittels einer Rechtsformprivatisierung erfahrungsgemäß mit der Aufgabe parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten verbunden ist. Das Agieren der Stadt lässt vermuten, dass man dort keine Öffentlichkeit möchte. Denn nachdem 15 Jahre lang kein substanzieller Schritt in Richtung umfassender Grundsanierungen erfolgt, sollten nun die Stadtverordneten im Hauruckverfahren unter Zeitdruck der Magistratsvorlage zustimmen. Deutlich wurde dies bei der gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und des Finanzausschusses, als nach etwas über

Bitte umblättern...



Marode Gebäudesubstanz: Die Hegelsbergschule muss dringend saniert werden.

einstündigen Präsentationen des OB und des für die pädagogische Planung vorgesehenen Büros Schneidermeyer weniger als anderthalb Stunden Zeit für Fragen und Diskussion blieben, um ein Vorhaben im Umfang eines dreistelligen Millionenbetrages zu bewilligen.

Bei dem verschachtelten Konstrukt ist letztlich auch die kommunale Steuerung der springende Punkt. Zwar soll über jedes einzelne Schulprojekt in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert und abgestimmt werden. Aber schon die Reihenfolge der Sanierungen wird im kleinen Kreis der Aufsichtsräte besprochen werden, erst recht Detailfragen wie die zu beauftragenden Firmen. Und ob die Stadtverordneten die abzuschließenden Verträge ohne Weiteres zu Gesicht bekommen werden, ist mehr als unklar. Bisherige Praxis des Kasseler Magistrats ist immer wieder die Verweigerung von Antworten auf Fragen zu privatrechtlich organisierten städtischen Gesellschaftsbeteiligungen. Im Aufsichtsgremium der GWG wurde der Kasseler Linken der Platz entzogen, durch den Kunstgriff, zwei Vereinen je einen Sitz zu übertra-

gen. Die GWGpro hat mit 7 Sitzen eine Aussichtsgremiumsgröße, bei der nicht alle Stadtverordnetenfraktionen vertreten sein werden.

Knackpunkt Gebäudeunterhaltung

Hinzu kommt: Wenn die GWGpro die Geschäftsbesorgung für den Gebäudebestand der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG übernimmt, bestimmt sie auch den Grad der Gebäudeunterhaltung. Das muss angesichts des aktuellen Zustands vieler Gebäude kein Nachteil sein, ist dann aber ebenfalls weitgehend der Kontrolle der Stadtverordnetenversammlung entzogen. Wenn man nicht riskieren will, dass in 30 Jahren, wenn die besagten Schulgebäude wieder komplett an die Stadt zurückfallen, der Zustand erneut desaströs ist, muss laufend dem Verfall entgegengewirkt werden, was stetige Sorgfalt und weitere Investitionen erforderlich macht.

Und am Ende stellt sich dann die Frage, ob die geplante Auslagerung tatsächlich so alternativlos ist, wie vom Oberbürgermeister behauptet. Die hessische Gemeindehaushaltsverordnung schreibt

vor entsprechenden Beschlüssen zwingend eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor, bei der verschiedene Modelle vergleichend auf ihre Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt dargestellt werden. Dass eine solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht in den Akten der Kämmerei verstaubt, sondern den Stadtverordneten als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden muss, sollte klar sein. Genau dies scheint aber nicht beabsichtigt zu sein. Diese Intransparenz sollte einen kritischen Beobachter stutzig machen.

Alles in allem sollte, bei aller verständlichen Freude darüber, dass zumindest einige Schulen jetzt endlich saniert werden, das Vorhaben des Magistrats kritisch begleitet und unbequeme Fragen weiterhin gestellt werden. Zu Jubel ist kein Anlass, denn der Weg, den die Koalition beschreitet, ist voller Gefahren. Es droht vor allem die Mitgestaltung durch demokratisch gewählte Parlamente verloren zu gehen und am Ende könnte, wenn wir nicht aufpassen, eine Teilprivatisierung stehen.

Lutz Getzschmann

UMWELT & JUGEND

Nicht nur freitags für Zukunft kämpfen

Überall auf der Welt streiken hunderttausende Schülerinnen und Schüler für den Erhalt unseres Planeten. Als Linksjugend [solid] unterstützen wir die „Fridays for Future“-Proteste auf der Straße und waren in der Organisation beteiligt.

Zurecht liegt die Betonung darauf, dass uns die Zeit davonläuft, um den Klimawandel und die darauffolgende Umweltzerstörung aufzuhalten. Die globale Erderwärmung steigt und führt zu katastrophalen Veränderungen. Extremwetter wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme nehmen zu und zerstören die Lebensgrundlagen aller. Wälder werden gerodet und in den Ozeanen schwimmen Tonnen an Plastik - die größten „Lungen“ der Erde werden vernichtet. Lebensräume verändern sich in derart hohem Tempo, dass betroffene Lebewesen sich nur schwer anpassen können oder vollständig aussterben. Durch Verwüstung und Anstieg des Meeresspiegels kommt es zum Verlust land-

wirtschaftlicher Anbauflächen, gerade in Regionen, die schon jetzt besonders unter der systematischen Ungerechtigkeit des vorherrschenden Wirtschaftssystems leiden müssen. Der Klimawandel wird ein weiterer Grund zur Flucht vieler Menschen sein.

Die Umweltzerstörung hat System

Die Zerstörung unseres Planeten ist im kapitalistischen System angelegt. Denn schon lange ist der technische Fortschritt erreicht, der es möglich macht, erneuerbare Energien auszubauen und den umweltschädlichen Abbau von Kohle zu ersetzen. Eine solche Umstellung der Energiegewinnung würde neue Jobs schaffen, sodass niemand um den Arbeitsplatz bangen muss. Umweltschutz und Arbeitsplatzzerhaltung stellt keinen Widerspruch da, auch wenn es die Konzerne wie RWE und die regierenden Parteien gern so behaupten.

Dass am Kohlestrom festgehalten wird, hat einen simplen Grund: große Profite. Der Kapitalismus wird getrieben von der Notwendigkeit, Profit zu machen.

Alles wird zur Ware - einschließlich der Natur. Die Überproduktion und das resultierende Wegwerfen unzähliger Lebensmittel ist ein weiteres Symptom des konkurrenzgetriebenen Marktes. Dies verschwendet Tonnen an Ressourcen und Stunden an Arbeitskraft. Auch, dass Bedürfnisse durch Werbung teilweise künstlich erzeugt und Produkte gezielt kurzlebig produziert („geplante Obsoleszenz“) werden, um dem Markt wieder zu aktivieren, zeigt, wie absurd diese Art zu Wirtschaften ist. Alles geschieht im Bestreben, im Wettbewerb die Nase vorne zu haben. Die kapitalistische Logik, lässt nichts anderes zu, als Umwelt und Mensch vollends auszubeuten. Die einzige Partei, die dem entgegentritt, ist die LINKE. SPD und Grüne vertreten das System, indem sie Klimaziele verschieben, den Kohleausstieg behindern und Umweltskandale zu verantworten haben.

System change not climate change!

Wenn die Rettung unseres Planeten das Ziel ist, kann dies' nur gelingen, wenn wir für grundsätzliche Veränderung kämpfen. Auch Greta Thunberg hat das festge-



Drohende Klimakatastrophe: Jugendliche gehen bei „Fridays for Future“ auf die Straße

stellt und sagte in ihrer viel beachteten Rede: „If solutions within the system are so impossible to find, maybe we should change the system itself.“ („Wenn Lösungen innerhalb des Systems so unmöglich zu finden sind, dann sollten wir vielleicht das System als solches verändern.“)

Wir treten für eine demokratisch sozia-

listische Systemalternative ein und damit für eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen von Mensch, Natur und Tier orientiert. Das bedeutet aber nicht, dass wir im Hier und Jetzt nichts erreichen können.

Die Möglichkeiten, die wir durch unseren Konsum haben, sind dabei jedoch beschränkt. Im Vergleich zur umweltzer-

störerischen Produktion der Konzerne, ist die Entscheidung, was und wie wir einkaufen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Viele Menschen können sich Bio-Lebensmittel zudem gar nicht leisten. Es müssen antikapitalistische Forderungen her, die soziale und ökologische Fragen beantworten.

Daher fordern wir:

- Verkehrswende sozial und gerecht: Für einen ticketlosen ÖPNV!
- Sofortiger Stopp sinnloser und zerstörerischer Produktion wie Werbung und Rüstung! Schluss mit der Herstellung kurzlebiger Produkte!
- Kohleausstieg jetzt! Garantierte Weiterbeschäftigung ohne Lohnverlust für alle Kolleg*innen! Kostenlose Umschulungen für alle Beschäftigten!
- Massives Subventionsprogramm für den Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung in staatlicher Hand!
- Erarbeitung eines Plans zwecks schnellstmöglicher Umstellung aller Wirtschaftsbereiche auf nachhaltige Produktion!
- Für die entschädigungslose Enteignung der größten Energiegewinnungs-, Auto- und Industriekonzerne und ihre Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Beschäftigte, Wissenschaftler*innen, Staat und Umwelt- und Verbraucherorganisationen!

Hannah für [solid]

KULTUR

Die Blackbox documenta-Institut

Anfangs hieß es, das documenta-Institut solle schon zur nächsten Ausstellung fertig sei. Dass das nicht der Fall sein wird, ist mittlerweile allen klar. Irgendwie scheint das documenta-Institut in Vergessenheit geraten zu sein.

Jetzt scheint wieder Bewegung in die Sache zu kommen. Ein grundsätzliches inhaltliches Konzept liegt vor, es stützt sich wie bereits vermutet auf die oft genannten drei Pfeile: Archiv, Forschung und Vermittlung. Hier wäre es schön zu wissen, wo der Schwerpunkt liegt und wie die Vermittlung konkret aussehen soll.

Wir als Kasseler Linke vertreten die Auffassung, dass die inhaltliche Konzeption

vorgelegt werden muss, diese sollte als Basis für die Standortentscheidung dienen und erst dann kann der Architektenwettbewerb beginnen. Hier sollte das Pferd nicht von hinten aufgezäumt werden.

Auf Basis des Konzeptes müsste eine breite Diskussion angelegt werden, welche noch mal dezidiert den Standort und mögliche Alternativen in den Blick nimmt, um die bestmögliche Lösung zu finden. Nichts wäre ärgerlicher als der Bau eines documenta-Instituts an einen Standort, mit dem von vornherein viele unzufrieden sind und das Projekt mehr an einen weiteren Uni-Anbau erinnert, als an das, was es sein soll. Etwas Einzigartiges, ein Bauwerk, welches Archivierung und Forschung aber auch die documenta

als solche für die Einwohner*innen der Stadt aber auch für Besucher*innen erlebbar und greifbar macht, gerade in den Jahren zwischen den documenta-Ausstellungen.

Der aktuell geplante Standort birgt die Gefahr, dass das Institut zu einem Seminargebäude mit Archiv und Empfangschalter verkommt. Diese Vermutung liegt nahe, wenn man hört, dass eine erlebbare Ausstellungsfläche für die documenta in der neuen Galerie angesiedelt werden soll (und nicht wie anfangs geplant im Erdgeschoss des Institutes) und das documenta Institut nur einen Raum für kleine Vorträge und Veranstaltungen erhalten soll. Hier muss knallhart umgelenkt werden.

Stephanie Schury

MOBILITÄT

Volle Fahrt voraus für Verkehrswende?!

Mit dem Voranschreiten der Klimakatastrophe reden immer mehr von der Mobilitätswende. Bei der Koalition im Rathaus ist faktisch kein Umdenken oder anderes Handeln erkennbar. 700 Menschen demonstrierten daher am 23. März für eine Verkehrswende.

Im März 2018 wurde mit der Liniennetzreform der Nahverkehr abgebaut mit dem Ziel zu sparen. Proteste im Vorfeld hatten dazu geführt, dass die schlimmsten Streichungen verhindert werden konnten. Doch spätestens seit der Einführung sind die Schwachpunkte sichtbar. In vielen Stadtteilen gibt es nach wie vor Kritik. Problem sind nicht nur Anrufsammeltaxis sondern auch Taktzeiten, die den Weg zur Arbeit für manche nicht mehr ermöglichen oder durch mehrfaches Umsteigen zur langen Reise machen. Auch der Stadt dürfte inzwischen klar sein, dass sie die Unzufriedenheit mit der Liniennetzreform nicht auf Dauer ignorieren kann.

Ausbau des ÖPNV dringend nötig

Die Kasseler Linke setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Stadt die notwendigen Kosten zur Erweiterung des Angebots übernimmt und den ÖPNV nachhaltig stärkt, statt den Druck auf die KVG und die Beschäftigten zu schieben. Ein Ausbau der Kapazitäten ist dringend notwendig. Die Fahrgastzahlen steigen seit auf Hessenebene das Schülerticket und

das Ticket für die Landesbeschäftigten eingeführt wurden. Nur für jene, die am wenigsten Geld haben, ist bisher kein für sie bezahlbares Ticket vorgesehen.

Die Kasseler Linke fordert schon lange ein Sozialticket, das auch für Hartz IV BezieherInnen bezahlbar ist. Konkret fordert die Fraktion derzeit ein Ticket für das KasselPlus Gebiet in Höhe des berechneten Anteils im Regelsatz. Das wären etwa 35 Euro – in Kassel liegt das Diakonieticket derzeit bei 49,50 Euro! Angesichts der notwendigen Verkehrswende, liegt die Zukunft beim Nulltarif, also dem Gratis-ÖPNV. Hier gilt: dranbleiben und darauf achten, dass am Ende die richtigen dafür bezahlen. Die indirekten Nutzer wie Handel und Unternehmen müssen an der Finanzierung beteiligt werden.

Radwege ausbauen

Dem Radentscheid Kassel ist es mit knapp 22.000 UnterzeichnerInnen gelungen, das Radverkehr eins der Top-Themen unserer Stadt geworden ist. Circa 6 Millionen jährlich werden für Investitionen in eine eigenständige Radverkehrsplanung gefordert, um das Fehlen einer Netzplanung und das Stückelwerk der vergangenen Jahre aufzuholen. Doch leider keine Überraschung: der hauptamtliche Magistrat weist das Begehren als rechtlich unzulässig zurück, SPD und Grüne schließen sich an und stattdessen wird ein Gegenvorschlag unterbreitet mit einem weiter-so in der Minimal-

planung. Legt man Berechnungen der Stadt zugrunde, würden gerade einmal 120 Meter zusätzlicher Radweg im Jahr entstehen. Es wird auf den Druck aus der Bevölkerung in den nächsten Wochen und Monaten ankommen, ob die Stadt ordentlich nachlegt – und auf die Klarheit, nicht auf PR-Gags reinzufallen. JETZT ist das Fenster offen, um tatsächlich grundsätzlich etwas für den Radverkehr und damit alle BewohnerInnen zu erreichen. RadlerInnen auf dem Radweg stören auch keine FußgängerInnen oder AutofahrerInnen. Das erhöht damit die Sicherheit von allen und sauberere Luft kommt ebenfalls allen zugute.

Die Stadt steht weiter auf der Bremse. Zumindest konnte die Drosselung des Tempos an manchen Stellen durchgesetzt werden. Als die Kasseler Linke im November 2017 die Einführung von Tempo 30 nachts und vor Schulen forderte, wurde der Antrag abgelehnt. Inzwischen hat auch rot-grün verstanden, dass sie sich nicht ganz wegducken können und an einzelnen Abschnitten wurden Schilder aufgestellt. Doch bis zum Durchbruch ist noch ein dickes Brett zu bohren. Zu hoffen ist, dass sich viele den SchülerInnen anschließen. Seit mehreren Wochen heißt es auch in Kassel: #Fridays for Future! Sie haben genug von der Politik der schönen Worte. Es muss gehandelt werden, und dabei sind wir alle gefragt, denn von allein rührt sich im Rathaus nichts und Kassel wird ewig Autostadt bleiben.

Violetta Bock

„Verkehrswende jetzt!“-Demo im März dieses Jahres mit 700 TeilnehmerInnen

EUROPAWAHL AM 26. MAI

DIE LINKE - für ein solidarisches Europa

Ende Mai sind rund 400 Mio. Menschen in den EU-Mitgliedsländern aufgefordert, zur Europawahl zu gehen.

Es hängt auch von Ihrer Stimme ab, ob in das neue Europaparlament eine Interessenvertretung der Millionen Beschäftigten, Jugendlichen und RentnerInnen gewählt wird oder weiterhin Politik für große Konzernen und Superreiche gemacht wird. DIE LINKE steht für eine europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität.

Militarisierung der EU

Angesichts des Wachstums nationalistischer Kräfte in Europa denken viele, die EU sei eine Waffe gegen Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Das Gegenteil ist der Fall. Die EU steht für eine Militarisierung der Außenpolitik, für eine Abschottung ihrer Außengrenzen und eine unmenschliche Politik gegenüber Geflüchteten. Die Toten des Mittelmeers gehen auch auf das Konto der EU und ihrer Grenzschutzagentur FRONTEX.

Waffen schaffen keinen Frieden! Die

Planungen für den EU-Haushalt sehen vor, bisherige Ausgaben zugunsten von Aufrüstung und Grenzschutz zu kürzen. Es werden Voraussetzungen geschaffen, dass eine eigene EU-Armee aufgebaut werden kann. Wir sagen Nein! Stattdessen legen wir ein Programm für Abrüstung und dem Verbot von Waffenexporten vor.

Soziale Sicherheit und Umweltschutz

Statt dass Konkurrenz und Wettbewerb den Stress erhöhen und die Löhne nach unten drücken, will DIE LINKE gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen die Menschen mehr als nur überleben können. Statt sozialer Ausgrenzung brauchen wir einen garantierten Schutz aller vor Armut. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wollen wir schließen. Wir akzeptieren nicht, dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern bezahlen, während die Armut wächst. Der Wohlstand in der EU wird von Steuerflüchtlingen bedroht, nicht von den Menschen, die vor den Folgen einer kapitalistischen Politik auf der Flucht sind. Die Zerstörung des Klimas und der Umwelt muss gestoppt

werden. Wir wehren uns gegen eine Politik, die wesentliche Bestandteile unseres Lebens, wie Wasser, Luft, intakte Umweltbedingungen und Gesundheit, den Profitinteressen unterordnet.

Gemeinsam für Europa

Die Vorstellung eines geeinten Europas beflügelt die Wünsche und Träume vieler Menschen. Auch von uns. Denn es gibt ein anderes Europa:

- Das Europa der vielen Menschen, die gegen die unsoziale Kürzungspolitik, gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen zusammen mit ihren Gewerkschaften streiken und demonstrieren.
- Das Europa der Millionen Menschen, die sich gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum eingesetzt haben und die für wirklichen Klimaschutz streiten
- Das Europa der Frauen, die aufgestanden sind und für ihre Rechte kämpfen, sie wissen, was Freiheit ist.


DIE LINKE ist die Lobby für die Menschen. Für alle, die sich mit uns für ein sozial gerechtes Europa und eine bessere Zukunft einsetzen.



Solidarität statt Hetze

TU WAS GEGEN RECHTS!

Wir stehen gegen rechte Hetze und Rassismus und für die Menschenrechte. Die Rechten suchen Sündenböcke, lösen aber keine Probleme. DIE LINKE bietet Lösungen, die für alle Menschen funktionieren. Kommunen, die Menschen aufnehmen, sollen nach unserem Plan zusätzliches Geld von der EU bekommen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und faire Arbeit für alle. Für weniger Ungleichheit und mehr Zusammenhalt. Solidarität ist unteilbar.



Menschen retten

SICHERE HÄFEN SCHAFFEN

Wir lassen Menschen nicht ertrinken! Das Seerecht muss wieder gelten: Menschen aus Seenot zu retten, ist Pflicht. Wir wollen sichere Fluchtwege. Menschenrechte müssen durchgesetzt werden. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, erhalten zusätzliche Mittel für Bildung und bezahlbaren Wohnraum für alle. Öffentliche Infrastruktur braucht ausreichend Geld. Rassismus stellen wir uns in den Weg – überall in Europa.



Löhne rauf, Armut runter

Alle EU-Staaten müssen garantieren, dass die Menschen sicher vor Armut geschützt sind: mit europaweiten Mindestrenten und Mindestsicherungen. Die Höhe der Mindestsicherung richtet sich nach den Einkommen in den jeweiligen Ländern. In Deutschland fordern wir: 1.050 Euro – ohne Kürzungen. Wir schaffen gute Arbeit in Europa und ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das ist die beste europäische Arbeitslosenversicherung!

Wir bitten um Ihre Stimme: am 26. Mai 2019

DIE LINKE.

Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt: 25.000 Lobbyisten machen für die Unternehmen und Reichen Druck auf das Europäische Parlament. DIE LINKE lässt sich nicht kaufen. Wir wollen starke Parlamente und eine gemeinsame Verfassung. Gemeinsam mit Millionen von Menschen setzen wir uns ein für gute Arbeit, gutes Klima und ein Europa, für das es sich zu kämpfen lohnt. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme.

UMWELT

Industrie im Langen Feld verhindert

Das Lange Feld in Niederzwehren ist ein bedeutendes Frischluft- und Kaltluftentstehungsgebiet sowie Vegetationsfläche in Kassel.

Als vor Jahren das Gewerbegebiet geplant wurde, gab es breiten Protest. Die Stadt lockte mit den üblichen Argumenten: Man brauche Flächen für die Ansiedlung und es würden neue Arbeitsplätze entstehen. Verhindert werden konnte das Vorhaben damals nicht. Zur besseren Durchlüftung und geringeren Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wurde im Bebauungsplan kleingliedrige Bebauung festgesetzt.

Luftnummer Arbeitsplatzsaffung

Sieben Jahre später zeigt sich, dass die Versprechen vor allem eins waren: heiße Luft. Das Lange Feld wird vor allem für Verlagerungen innerhalb des Stadtgebiets genutzt und nennenswerte neue Arbeitsplätze sind auch nicht entstanden. Im Herbst letzten Jahres kündigte die Stadt dann plötzlich an, eine Fläche von gut 80.000 qm in ein Industriegebiet umwandeln zu wollen. Im Vergleich zu einem Gewerbegebiet bietet ein In-

dustriegebiet erhöhte Möglichkeiten für Schadstoff- und Lärmemissionen. Bedenken wurden von Rot-grün abgebügelt: Es sei eine rein formale Änderung, weil das Regierungspräsidium die Genehmigungspraxis geändert habe. Man wolle nichts verschlechtern und es wäre notwendig wegen des kunststoffverarbeitenden Betriebes Technoform.

Verschleierungstaktik der Stadt

Zum Glück ließ dies einige aufhorchen. Der Ortsbeirat stellte Nachforschungen an, die Bürgerinitiative wurde reaktiviert und Umweltverbände solidarisierten sich. Heraus kam: Weder hat das Regierungspräsidium die Genehmigungspraxis geändert noch konnte beantwortet werden, wo klare Grenzwerte abgesichert werden. Technoform diente eher als Vorwand, benötigt es doch nur etwa ein Drittel der betroffenen Fläche. Ziel war vielmehr den Weg für Industrieansiedlungen frei zu machen. Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist weiterhin nicht so hoch, wie immer behauptet.

Es ist dem Engagement der BewohnerInnen zu verdanken, die weiter

nachbohrten und die Öffentlichkeit zu einer Infoveranstaltung mit 130 Teilnehmenden einlud sowie Briefe an die Fraktionen schrieben und Öffentlichkeitsarbeit leisteten.

Protest lohnt sich

Beim Offenlegungsbeschluss nutzten über 100 Menschen die Chance, Eingaben mit ihren Bedenken einzureichen. Dadurch wurden Oberbürgermeister Gesselle und Baudezernent Nolda dazu bewegt, diese Änderung fallen zu lassen. Als Kasseler Linke unterstützten wir die Bürgerinitiative nach unseren Kräften mit Pressemitteilungen, ließen die Kritik im Rathaus zu Wort kommen und stellten Anfragen.

Kasseler Linke bleibt dran

Nun ist noch ein weiteres Baufenster übrig, bei dem eine Änderung geplant ist. Hier steht jedoch nicht die Umwandlung in ein Industriegebiet zur Disposition, sondern die kleinteilige Bauweise. Die Kasseler Linke wird auch dies kritisch begleiten und genau darauf achten, ob ausreichend Ausgleichsmaßnahmen vorgeschlagen werden. **Violetta Bock**

ANTIFA

Türkische Faschisten in Kassel

Während neonazistische und rechte Strukturen wie die der NPD, der AfD, der identitären Bewegung oder dem 3. Weg den meisten ein Begriff ist, sagen vielen Menschen faschistische Gruppierungen wie die der Grauen Wölfe, Milli Görüs oder ATB dagegen kaum etwas.

Die Grauen Wölfe, mit einer stramm nationalistischen, rassistischen und islamistischen Ideologie haben ca. 18.000 Mitgliedern. Sie ist damit noch vor der NPD, die mitgliederstärkste faschistische Gruppierung in Deutschland und es ist längst fällig und notwendig, sich verstärkt auch mit ihnen auseinanderzusetzen und ihnen vor allem entgegenzutreten.

Menschenfeindliche Ideologie

Die politische Arbeit türkisch-islamistischer Faschisten zielt dabei anders als bei der deutschen Rechten nicht auf das

Wirken in die politische Öffentlichkeit, sondern vollzieht sich vielmehr als Agitation innerhalb der türkischen Community. Wenn diese Verbände in die Öffentlichkeit treten, dann als Ansprechpartner in Sachen Interkulturalismus oder Religion und einer überall zutage tretenden Doppelstrategie: Nach außen wird sich für Toleranz, Vielfalt und Nebeneinander eingesetzt und nach innen wird die rasenideologische, expansionistische und nationalistisch-islamistische Ideologie gepredigt.

Strukturen auch in Kassel

Auch hier treiben diese Gemeinden und Strukturen ihr Unwesen. In Kassel sind es vor allem Verbände wie die der „ADÜTDF“, „ATIB“ und „ATB“, die direkt der faschistischen Grauen Wölfen-Bewegung zugerechnet werden, die Strukturen der türkisch-faschistischen und islamistischen Szene in Kassel. Hinzu kommen Verbände der „IGMG Milli Gö-

rüs“ und die „DITIB“, die ideologisch ähnlichen Konzepte an den Tag legen.

Rolle der Stadt

Vor dem Hintergrund, dass diese Gemeinden sogar in dem von der Stadt Kassel organisierten und hervorgerufenen Rat der Religionen Platz nehmen und damit von der Stadt direkt unterstützt werden, zeigt, dass der international und global agierenden Faschismus und Nationalismus immer noch oft allein auf die „deutsche Rechte“ reduziert wird.

Wie ist es möglich, dass sich die Stadt auf der einen Seite geschlossen gegen Ausgrenzung und rechtes Gedankengut zeigt, aber gleichzeitig die stramm nationalistische und faschistische Graue Wölfe-Bewegung über den Rat der Religionen hofiert und unterstützt?

Für uns ist klar: Keine Kooperation mit faschistischen, antisemitischen und islamistischen Verbänden! **Ilker Sengül**

FINANZEN

Neuigkeiten vom „Fluchhafen“ Calden

Zur Verschleierung des Millionengrabs Flughafen wird das Millionengrab Gewerbegebiet gestartet.

Das bedeutet, dass die kommunalen Eigentümer Stadt Kassel, Landkreis Kassel und Gemeinde Calden der Flughafen GmbH Grundstücke abkaufen für die Erschließung und Vermarktung eines Gewerbegebietes auf dem Gelände des alten Flugplatz Kassel-Calden. Der Kauf-

preis wird von offizieller Seite mit 9,5 Millionen Euro beziffert.

Im Grunde handelt es sich hierbei um einen Finanztrick, da der Kaufpreis nicht auf einmal, sondern in den nächsten Jahren in Tranchen bzw. Raten gezahlt wird, um das jährliche Defizit des Flughafens kleiner erscheinen zu lassen. Es handelt sich hierbei um eine teure Wette in die Zukunft auf Kosten der Allgemeinheit, denn die Gesamtkosten inkl. Erschlie-

ßung und Infrastruktur liegen zwischen 31 und 37,3 Millionen Euro. Eine andere Information lässt in dem Zusammenhang aufhorchen: Der parteilose Bürgermeister von Calden, Maik Mackewitz, gab Ende Januar der Frankfurter Rundschau zur Kenntnis, dass die Gemeinde Calden bis dato genau 0 Euro an Gewerbesteuer seit Eröffnung des Flughafens im Jahr 2013 erhalten habe.

Mirko Düsterdieck

STADTENTWICKLUNG

Verdeckte Gewinnabführung?

Seit nunmehr zwei Jahren steht das Hochhaus in der Frankfurter Straße 84a in dem sich das Hessische Versorgungsamt befand leer.

Dem Bau aus den sechziger Jahren wurde vor gut drei Jahren ein Sanierungsbedarf in Höhe von 14 Millionen Euro attestiert. Das Gebäude gehörte dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH). Diese landeseigene Gesellschaft verkaufte das gesamte Areal im August vergangenen Jahres an die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte. Diese plant, ab Mitte 2021 Wohnungen, eine Tiefgarage sowie gewerbliche Flächen zu bauen. Zur Unternehmungsgruppe Nassauischen Heimstätte gehört u. a. auch die Wohnstadt Kassel mbH.

Da es sich hierbei um ein Geschäft zwischen zwei öffentlichen Körperschaften handelt, die sich im Besitz des Land Hessen befinden, wurde der Deal politisch im Haushaltsausschuss des Landtags abgesegnet. Die LBIH schätzt den Verkehrswert dieser Liegenschaft auf maximal 5,4 Millionen Euro.

Letztendlich erhielt die Nassauische Heimstätte allerdings mit ihrem Gebot in Höhe von 18,3 Millionen Euro den Zuschlag. Sie verpflichtete sich bei diesem Projekt, eine soziale Wohnungsbaquote von 25 Prozent umzusetzen. Details zu dieser sozialen Wohnungsbaquote sind bisher aber nicht bekannt.

Anfang Juni 2018 gab die damalige Hessische Landesregierung bzw. die damals zuständige Ministerin Priska Hinz (Grüne) bekannt, dass sich die Nassauische

Heimstätte verpflichtet, in den nächsten 5 Jahren Mieterhöhungen auf maximal 1 Prozent (bei einem jährlichen Einkommen bis 63.000 Euro) zu begrenzen. Ebenso werden Mieterhöhungen nach Sanierungsmaßnahmen auf 6 Prozent im Jahr begrenzt. Im Gegenzug verpflichtet sich das Land Hessen auf 14 Millionen Euro Dividende. Und genau an der Stelle wird es jetzt spannend...

Mal abgesehen davon, dass die Nassauische Heimstätte die Immobilie im Rahmen einer Konzeptionsvergabe zu weitaus günstigeren Konditionen hätte erwerben können, stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem Vorgang um den Tatbestand der verdeckten Gewinnabführung handelt. Das bedeutet, dass das Land Hessen über einen „Umweg“ letztendlich doch an die Summe der Dividende kommt bzw. sie erhält. Eine Anfrage

der Landtagsfraktion der LINKEN dazu ist von der Landesregierung noch nicht beantwortet worden.

Ob für ein landeseigenes Wohnungsunternehmen eine 25-Prozent-Quote für Sozialwohnungen ausreichend ist, kann man politisch bezweifeln. Letztendlich wird mit den anderen 75 Prozent der Wohnungen, der erhöhte Kaufpreis zugunsten der Landeskasse refinanziert. Wenn sich der hohe Kaufpreis nicht aus dem Neubauprojekt bezahlen lässt, würde es bedeuten, dass alle anderen MieterInnen der Nassauischen Heimstätten auch noch für dieses Immobiliengeschäft des Landes zahlen müssen.

Dass nun quasi zwei Körperschaften der öffentlichen Hand ein solches Wucherpreisgeschäft abschließen, ist ein Skandal!

Mirko Düsterdieck



Das alte Versorgungsamt - Ging beim Verkauf alles mit rechten Dingen zu?

PARTEI

Ortsverband Rothenditmold gegründet

Aufgrund der positiven Mitgliederentwicklung in Rothenditmold in den letzten zwei Jahren, kam die Idee auf, einen eigenständigen Ortsverband zu gründen. Viele GenossInnen aus dem Stadtteil sind seit Jahren politisch in verschiedenen außerparlamentarischen Bündnissen und Initiativen aktiv.

Stadtteil mit vielen Problemen

Sämtliche Zahlen und Daten belegen, dass der Stadtteil eine Vielzahl an Problemen hat. So fehlen z. B. aktuell mehr

als 200 Kita Plätze. Viele Menschen im Stadtteil müssen von Sozialleistungen leben, die in der Regel hinten und vorne nicht ausreichen, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Der Stadtteil hat prozentual die höchste Quote von kranken Kindern und alleinerziehenden Müttern. Diese schlagen sich mit ihren Kindern mehr schlecht als Recht durch den Alltag. Für Menschen die direkt an der Wolfhager Straße wohnen, wird die Verkehrsbelastung zunehmend unerträglich. Des Weiteren ist seit einiger Zeit zu beobachten, dass auch in Ro-

thenditmold die Mieten stetig steigen.

Der SprecherInnenkreis des Ortsverbandes Rothenditmold besteht aus Michael Hentschker, Jonas Jünke und Britta Keller. Wir wollen uns aktiv in die Belange des Stadtteils einmischen und den Menschen hier ein Angebot zur Mitarbeit machen. Der Ortsverband trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr zum Stammtisch und einen zwanglosen Meinungsaustausch.

Infos unter:

rothenditmold@die-linke-kassel-stadt.de

regelmäßige Angebote

Jeden Donnerstag (nicht an Feiertagen) 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs im Fraktionsbüro Kasseler Linke W25 im Rathaus.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] Kassel-Stadt ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21.

Jeden Freitag von 13:30 bis 15:30 Uhr Flüchtlingsprechstunde im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21.

Termine & Veranstaltungen

1. Mai. ab 10 Uhr: „1. Mai“-Demo und Kundgebung ab Kulturzentrum Schlachthof.

5. Mai um 15 Uhr: „Europa und das Kapital“ - Geburtstagsfeier für Karl-Marx im Stadtteilzentrum Vorderer Westen.

10. Mai um 19 Uhr: „Der marktgerechte Patient“ - Film und Diskussion im Philipp-Scheidemann-Haus.

26. Mai ganztägig Europawahl. DIE LINKE - Ihre Stimme für ein soziales Europa.

Mehr Termine unter www.kasseler-linke.de/termine

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass 9. aktualisierte Auflage



Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke

Schillerstr. 21, 34117 Kassel

Tel 0561/9201503

E-Mail kontakt@kasseler-linke.de

www.kasseler-linke.de

V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann

Redaktion: Jens Meyer

Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel

Auflage: 8.000

**DIE
LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiter zu verwenden.